

22. AUG. 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KV/1960 22. August 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0 886 880

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|---|---|----|
| 1 | <u>Folgen des Vorstosses der Generale</u>
Auch ausserpolitisches Porzellan zerschlagen | 43 |
| 2 | <u>Neue Sorgen für de Gaulle</u>
Kongo-Krise in französisch Westafrika
Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer | 31 |
| 3 | <u>Fest - eine Krankheit der Zukunft?</u>
Alarmierende Feststellungen des Teheraner Pasteur-Institutes
Von Bruno Kuster, Genf | 50 |
| 4 | <u>Auf der Suche nach Einheit</u>
Zur ersten afrikanischen Gipfelkonferenz | 24 |
| 4 | <u>Wettlauf im Himmelsraum</u>
Raumfahrt-Erfolge in West und Ost | 18 |
| 5 | <u>"Zusatzeinsatz" der Fernsehindustrie</u>
Die Kosten des "Zweiten Programms" | 35 |
| 6 | <u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u>
Aufbauleistungen in deutschen Städten

<u>Bremerhaven - die junge Großstadt</u>
Von Harry Fallert,
Mitglied des Bremischen Bürgerschaft | 47 |

* * * *

22. August 1960

Folgen des Vortrags der Generale

Auch außenpolitisches Porzellan zerschlagen

ap - Bei den Diskussionen und Kommentaren über das Memorandum der Bundeswehr-Generale zu Verteidigungsfragen ist bisher eine Überlegung zu kurz gekommen, die seit dem vergangenen Wochenende besonders im Ausland eine erhebliche Rolle zu spielen beginnt. Das ist die Frage, ob die Bundeswehr-Generale durch ihren überraschenden Schritt nicht auch eine Menge außenpolitisches Porzellan zerschlagen haben.

Am Donnerstag vergangener Woche hat die UNO-Abrüstungskommission einstimmig die Fortsetzung und Intensivierung der Abrüstungsverhandlungen gefordert. Wenn man auch nicht allzu große Hoffnungen an einen solchen Beschluß knüpfen sollte, so dürfte doch wohl feststehen, daß West und Ost gleichermaßen berührt sind, den Faden des Abrüstungsge-sprächs nicht abreißen zu lassen. Noch am Vorabend dieser Entscheidung wollten die Russen an der Sitzung überhaupt nicht teilnehmen. Daß sie sich doch noch in letzter Minute für die Teilnahme entschieden, läßt erkennen, daß auch ihnen - aus welchen Gründen auch immer - dieses Problem auf den Nägeln brennt. Auf keinen Fall wollten sie sich angesichts des außerordentlich starken Interesses auch der neuen afrikanischen und asiatischen UNO-Mitglieder der Anschein geben, als seien sie nicht an der Abrüstungsdiskussion interessiert. Man vergißt in dem weltweiten Wirbel, der zur Zeit durch die Kongo-Affäre und den amerikanisch-sowjetischen Streit um Kuba hochgekommen ist, allzu oft, daß auf der September-Vollversammlung der UNO das Abrüstungsproblem im Mittelpunkt des Interesses stehen wird.

Vor diesem Hintergrund ist die Generalerklärung zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr auch eine außenpolitische Aktion, die allen Erwartungen der Bundesregierung, sie werde sich internationalen Abrüstungsvereinbarungen anschließen, die Glaubwürdigkeit nimmt.

Man wird behauptet, die Generale hätten im Einvernehmen und Einverständnis des Bundesverteidigungsministeriums gehandelt. Wenn das richtig ist, wird die Sache noch schlimmer. In diesen Falle sind nicht nur "Fachleute" am Werk gewesen, sondern auch der politisch für die Bundeswehr verantwortliche Minister, der durch seine Billigung des Generals-Memorandums aus der ganzen Affäre eine außenpolitische Aktion gemacht hat. Schon wurden in England Stimmen laut, die auf diese Zusammenhänge hinweisen, und auch in den Vereinigten Staaten ist man nicht gerade erfreut über die lautstarke Intervention der Generale.

Welche Folgen das Generals-Memorandum innenpolitisch für die Stellung der Bundeswehr in unserem Volk hat, ist bereits von Sprechern der Sozialdemokratischen Partei gesagt worden. Der außenpolitische Effekt des Rufes nach Atomwaffen ist noch nicht abzuschätzen; gläubig wird er sich jedenfalls für die Position der Bundesrepublik in der internationalen Politik nicht auswirken.

+ + +

Neue Sorgen für de Gaulle

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der plötzliche Zerfall der jungen Republik Mali in französisch Westafrika hat viel Ähnlichkeit mit der Kongo-Krise. In beiden Fällen fordert eine kleine aber reiche Provinz ihre Losrennung vom armen Hinterland. Wie Katanga, das sich mit seinem Reichtum vom Kongo lossagt, verlangt jetzt Senegal mit seiner Hauptstadt Dakar die staatliche Unabhängigkeit vom Sudan und sprengt damit die Bundesrepublik Mali, die erst vor zwei Monaten unabhängig geworden ist.

Die französische Presse verbirgt nicht ihre Sympathien für Senegal, die älteste französische Kolonie. Die, der senegalesische Regierungschef, gilt ebenso wie der senegalesische Schriftsteller und Politiker Senghor als Reformator, während man dem sudanesischen Regierungschef und bisherigen Staatschef von Mali, Mobido Keita, autoritäre Tendenzen zuschreibt. Die einen wie die anderen waren französische Staatssekretäre verschiedener französischer Regierungen nach dem zweiten Weltkrieg.

Wird Mobido Keita durch die neueste Entwicklung auf Wege gedrängt, die Lumumba beschritten hat? Wird Bamako, die Hauptstadt Sudans, nachdem sie durch den Staatsstreich von Ozean abgeschnitten ist, sich jetzt Guinea zuwenden, dem östlich orientierten Nachbarstaat im Herzen Afrika?

Diese Fragen stellt man sich mit grosser Sorge in Paris, denn der Sudan grenzt nicht nur an Guinea, sondern an die Sahara und die Bifonbeinküste. Der Vertrag zwischen Frankreich und Mali ist jetzt in Frage gestellt, die Existenz der französisch-afrikanischer Gemeinschaft ist gefährdet.

Es ist also verständlich, dass Premierminister Debré sofort seinen Urlaub unterbrach und dass de Gaulle die Regierungschefs von Senegal und Sudan nach Paris bat, in der Hoffnung, als Präsident der französischen Gemeinschaft den Streit noch schlichten zu können. Am 5. September wird der französische Staatschef in einer mit Spannung erwarteten Pressekonferenz zu den Ereignissen Stellung nehmen und nicht zuletzt auch wieder zu Algerien, das von den afrikanischen Umwälzungen nicht unberührt bleibt.

Pest - eine Krankheit der Zukunft?

Von Bruno Kuster, Genf

Die Pest ist "im grössten Teil der Welt fest verankert, sie wartet in zahlreichen Ausgangsstellungen auf den nächsten Fehler des Menschen... wenn die Gesundheitsdienste infolge einer Störung der internationalen Ordnung, die auf diesen Gebiete gründlich errichtet wurde, in ihrer Tätigkeit gelähmt würden", warnt Dr. Marcel Baltazaré, Direktor des Pasteur-Institutes in Teheran in einer Veröffentlichung der Weltgesundheitsorganisation. "Die gegenwärtige Stille um die Pest darf uns nicht vergessen lassen, dass ihre Ausgangsstellungen günstiger sind als je: sie befindet sich in Reichweite aller Schlüsselpositionen der modernen Zivilisation; sie ist eine Krankheit der Zukunft."

Diese alarmierende Behauptung erscheint auf den ersten Blick gewaltig übertrieben, wurden doch auf der ganzen Welt im Jahre 1959 lediglich 300 Pestfälle registriert, während noch im Jahre 1720 allein in Marseille 50 000 Menschen von der Pest dahingerafft wurden.

Tatsächlich ist es den Menschen dank hartnäckiger Anstrengungen gelungen, die Ratten, respektive ihre Flöhe daran zu hindern, die Krankheit weiterhin zu verbreiten. Einige zeitweilige Ansteckungsherde - die letzten befanden sich in Indien und auf Java - konnten saniert werden. Aber die Krankheitskeime als solche sind nach wie vor vorhanden: In verschiedenen Teilen der Welt bilden wildlebende Nagetiere solide Pestreservate. Nachlässigkeit in der Überwachung genügt, damit die Krankheit erneut aus ihren Schlupfwinkeln ausbricht und auf die Menschen überspringt. Sowjetische Untersuchungen haben ferner ergeben, dass auch Kamele Pestbazillen auf den Menschen übertragen können. Eine strenge tierärztliche Kontrolle ist unerlässlich.

Das untere Mesopotamien (Irak) ist noch ein periodischer Herd der Pest, die auf verschiedenen Wegen immer wieder eingeschleppt wird. Ihre Herkunft ansfindig zu machen, ist eine Aufgabe, der sich Forscher unter der Leitung der Weltgesundheitsorganisation widmen. Ein weiteres ungelöstes Problem ist das Vorhandensein eines Infektionsherdes in der indischen Provinz Uttar Pradesh.

Die Untersuchungen konzentrierten sich auf die Rolle der freilebenden Nagetiere. Es zeigte sich, dass die Hausratte nur ein Verbindungsagent zwischen dem Ansteckungsherd unter den Feldnagetieren und dem Menschen ist. Forschungen auf Java bestätigten diesen Übertragungsmechanismus: wildlebende Nagetiere - Hausratten - Mensch. Um die Gefahr endgültig zu bannen, genügt es nicht, diese Kette zu durchbrechen, sondern man steht vor der schwierigen Aufgabe, die Pest in ihren Schlupfwinkeln, d.h. unter den wildlebenden Nagetieren auszumerzen.

Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass gewisse Flohartarten dem Insektenvertilgungsmittel DDT widerstehen, wie in einer indischen Ortschaft festgestellt wurde. Sollte die Pest aus einem ihrer Schlupfwinkel ausbrechen, muss also ein genügend wirksames Vertilgungsmittel rasch und ausreichend zur Verfügung stehen, da sonst alle Anstrengungen eine weitere Verbreitung nicht verhindern können.

Die sachlich begründeten Warnungen der Weltgesundheitsorganisation sollen uns nicht in Panik versetzen, sondern uns zum Bewusstsein bringen, dass ein Versagen in der internationalen Zusammenarbeit fürchterlich bestraft würde: wir dürfen uns den nächsten "Fehler", auf den die Pest wartet, nicht zuschulden kommen lassen!

Auf der Suche nach Einheit

sp - Die afrikanische Einheit liegt noch in weiter Ferne. Die riesigen Menschenmassen dieses schwarzen Kontinents, der jahrhundertlang im Dunkel der Geschichtslosigkeit lag und jetzt mit mächtigen Paukenschlägen die Bühne der Geschichte betritt, leitet bisher nur die eine Idee, sich von jeder fremden Bevormundung zu befreien und einen eigenen, oft noch im Verborgenen liegenden Weg zu gehen. Diese Idee tritt mit elementarer Kraft auf, sie zersprengt die bisherigen gesellschaftlichen Gefüge, sie zerreiht und schafft neue Bindungen, alle Führungskräfte werden durch neue abgelöst, Staatsbildungen vollziehen sich unter grossen Schmerzen. Die kongolischen Wirren vermitteln uns Europäern eine Ahnung von dem, was noch bevorsteht.

In der Stimme Afrikas schwingen noch viele Dissonanzen mit. Ein Grundmotiv ist allerdings herauszuhören: den Weg, den der Kontinent vorhat, ohne Binnisierungen von aussen zu gehen. Mächtige Impulse für diese Entschlossenheit dürften von der zwischen dem 25. und 30. August legenden afrikanischen Gipfelkonferenz ausgehen. Sie wird in der kongolischen Hauptstadt Leopoldville stattfinden und an ihr werden die Führer der meisten afrikanischen Staaten teilnehmen. Es ist dies die erste Zusammenkunft dieser Art, und sie wird in einem Zeitpunkt abgehalten, in dem sich die Krise am Kongo zum Aussersten zuzuspitzen droht. Wird man dem ungeheuerlichen kongolischen Ministerpräsidenten Lumumba einige Zügel anzulegen versuchen? Der schwarze Kontinent würde sich selbst aufs Ausserste gefährden, liesse er es geschehen, dass er zum Tummelplatz rivalisierender Weltmächte wird.

+ + +

Wettlauf im Himmelsraum

sp - Der berechtigte Triumph der Vereinigten Staaten über die gelungene Rückkehr zweier in dem Weltraum geschossenen Kapseln war nur von kurzer Dauer. Dieser Vorsprung vor den äronautischen Erfolgen der Sowjetunion liess sich nicht lange halten. Die Russen schlugen die Amerikaner um Nasenlänge mit der gelungenen irischen Rückkehr zweier Hunde, die mit einem Weltraumschiff gestartet waren und nach 18 Erdumkreisungen in einer Höhe von 320 Kilometern wieder sicher auf sowjetische Erde zurückgeholt wurden - ein Vorgang, der nicht einmal mehr die Phantasie besonders aufzuregen vermag, da der Mensch in dieser von technischen Erfolgen bewachsenen Zeit sich schon daran gewöhnt, dass es vielleicht in absehbarer Zeit gelingen wird, auch seinesgleichen in den Weltraum zu schiessen. Die beiden Hunde sind gewissermassen Vorboten einer Entwicklung, mit der die eigentliche Eroberung des Weltraums beginnt, veranlasst von zwei Giganten, die einander an technischer Leistungsfähigkeit und Kühnheit nahesteht. Das mag auch seine Konsequenzen in militärtechnischen Denker haben, beweist doch die technische Gleichwertigkeit beider Weltmächte, dass keine Seite jemals hoffen kann, die andere Seite aus diesem Wettlauf - wohin soll er noch führen? - auszuschalten.

+ + +

"Zusatzgeschäft" der Fernsehindustrie

H.M. - Das Bundeswirtschaftsministerium verhandelt gegenwärtig mit Vertretern der Fernsehgeräteindustrie und des einschlägigen Handels über die Dauer und Kosten der Schaffung von Einrichtungen, die es dem Bundesbürger erlauben, vor seinem häuslichen Bildschirm ein zweites Fernsehprogramm empfangen zu können. Es ist einigermaßen erstaunlich, daß man im Regierungslager erst jetzt daran denkt, diese Fragen zu klären, nachdem mit großem Feldgeschrei das zweite Fernsehprogramm als eine - allerdings aus dem Hinterhalt abgefangene - Beute des Bundeskanzlers gefeiert worden ist.

Es besteht kein Zweifel daran, daß auch die westdeutschen Fernsehzeilnehmer eine Verstärkung der ihnen gebotenen Programmauswahl wünschen. Dr. Adenauer aber hätte nicht nur diese von ihm "errungene" Möglichkeit preisen, sondern auch die Unkosten nennen sollen, die auf den Besitzer eines Fernsehgerätes zukommen. Denn eines ist sicher: mit den bisher von der Industrie gelieferten Apparaten kann das zweite Programm nicht empfangen werden. Unbrauchbar hierfür sind auch die in der Vergangenheit verkauften Antennen. Über vier Millionen Fernsehteilnehmer stehen also vor der Frage: was kostet und wie lange dauert die technische Umstellung der vorhandenen Empfangseinrichtungen?

Das Bundeswirtschaftsministerium ist nicht "im Bilde". Auch die Fernsehgeräteindustrie vermochte bislang keine genauen Angaben zu machen. Es liegen nur ungefähre Schätzungen vor, die die Kosten eines Umbaus älterer Geräte auf 100 bis 300 DM veranschlagen. Auf der Industriemesse in Hannover wurde in diesem Jahre erstmals eine Zusatzeinrichtung gezeigt, die eine freie Programmwahl ermöglichen soll. Über den Preis dieses Gerätes jedoch schweigt man sich aus.

Es scheint, daß "Überraschungseffekte" auf dem Gebiet des Fernsehens allgemeine Mode werden. Von ihnen aber profitieren die gebührenzahlenden Teilnehmer zuallerletz. Das zweite Programm dient unter den jetzt gegebenen Voraussetzungen den Interessen der Bundesregierung - zur Vermehrung ihres propagandistischen Einflusses, und der Geräteindustrie zur Anhebung ihrer Umsätze. Rund drei Millionen Fernsehteilnehmer werden ihre Empfänger zu noch unbekanntem Kosten umbauen müssen. Für die einschlägige Industrie ist dies zweifellos ein begrüßenswertes "Zusatzgeschäft".

Bremerhaven - die junge Großstadt

Von Harry Tallert,
Mitglied der Bremischen Bürgerschaft

Bremerhaven, die junge Großstadt an der Wesermündung, wächst rasch. Die Einwohnerzahl ist in den letzten zehn Jahren von 113 176 auf 140 645 gestiegen. Hauptschwerpunkte der sozialdemokratischen Kommunalpolitik sind hier der soziale Wohnungsbau und der Schulbau. Ein über mehrere Jahre verteiltes Programm zur Modernisierung des innerstädtischen Verkehrsnetzes befindet sich in der Ausführung.

Mit ihren Leistungen im sozialen Wohnungsbau und im Schulbau nimmt die Stadt eine Spitzenstellung im Bundesgebiet ein. In Bremerhaven gibt es seit Jahren keinen Schichtunterricht mehr. Die Verfassung des Landes Bremen gewährleistet Schulgeld-, Lehr- und Lernmittelfreiheit. Im Jahre 1959 wurde das neunte Pflichtschuljahr an den allgemeinbildenden Schulen eingeführt.

Von der bei Kriegsausbruch vorhandenen 34 412 Wohnungen waren bei Kriegsende 11 943 völlig zerstört. Diese zerstörten Wohnungen waren bereits im Jahre 1955 wieder durch Neubauten ersetzt. Bei der Neuplanung sind die auf dem Gebiet des Städtebaus gewonnenen Erkenntnisse berücksichtigt worden. An Stelle der früheren engen Bebauung traten aufgelockerte Wohnviertel inmitten von Grünflächen. Die intensive Bautätigkeit hält weiter an. Wichtig ist, dass diese Wohnungen zu den im sozialen Wohnungsbau üblichen Mietsätzen vergeben werden. Das Unwesen der verlorenen Baukostenzuschüsse gibt es in Bremerhaven nicht.

Für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus hat die Stadt seit der Währungsreform durch Kapitalsubventionen über 58 Millionen DM, für den Bau von Schulen über 24 Millionen, für den Straßenbau mehr als 21 Millionen und für die Herstellung der Abwasseranlagen und ihre Ausdehnung auf neu entstandene Stadtteile mehr als 17 Millionen DM ausgegeben. Insgesamt hat die Stadt im Rahmen des außerordentlichen Haushalts für den Wiederaufbau zerstörter städtischer Einrichtungen und Anlagen sowie für den Wohnungsbau seit der Währungsreform über 200 Millionen DM ausgegeben.

Schifffahrt, Fischerei und Schiffbau bilden die drei wichtigsten Säulen des wirtschaftlichen Lebens dieser Hafenstadt. Bedeutende Aufwendungen des Landes sichern die Bedeutung Bremerhavens als einer der führenden Häfen der Bundesrepublik und als größter Fischereihafen des Kontinents. Der international bekannte Columbusbahnhof am Meer, wo u.a. die im Atlantikverkehr eingesetzten Ozeanriesen "United States", "America" und "Bremen" abgefertigt werden, wird zu Zeit erweitert. Mit dem Bau einer zusätzlichen Umschlaganlage für Massengüter, insbesondere für Kruz, wird voraussichtlich noch in diesem Jahre begonnen.

Die Einrichtungen im Fischereihafen sind entsprechend den wachsenden Anforderungen ausgebaut und modernisiert worden. In enger Zusammenarbeit mit Bremen konzentrieren sich die Bemühungen auf die Ansiedlung von Industriebetrieben, um die vorläufig noch einseitig hafenbezogene Wirtschaft Bremerhavens auf eine krisenfestere Grundlage zu stellen.

Bremerhaven erfreut sich in Lande Bremen voller kommunaler Selbstverwaltung. Die Gegebenheit, dass nur zwei Städte das Land Bremen bilden, vereinfacht die wechselseitigen Beziehungen, die in einem Zwei-Städte-Staat eher unbürokratisch gepflogen werden können, als in einer grösseren Land zwischen Hauptstadt und Provinz.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel